



Essen macht Politik

Lebensmittelskandale wie jetzt bei Carna Grischa, Naturkatastrophen und Ernährungskrisen haben das Thema Essen in die Politik befördert. Mehrere Initiativen gehen mit wohlklingenden Vorschlägen auf Stimmenfang. Doch die Initianten bieten keine valablen Lösungen an. Sie wollen die Landwirtschaft abschotten und den freien Markt einschränken. **Von Gordana Mijuk und Michael Furger**

Es soll wieder sein wie früher. Oder zumindest so wie in der Bio-Werbung von Coop. Essen soll einheimisch sein, bäuerlich, fair, ökologisch, sozial, spekulations- und skandalfrei. Gleich vier Volksbegehren in der Schweiz drehen sich um die Ernährung. Und gleich viermal entwerfen die Initianten unterschiedlicher Couleur wohlklingende und zum Teil verklärende Wunschvorstellungen, wie Essen sein soll, wie Essen hergestellt werden soll oder was mit Nahrungsmitteln nicht gemacht werden darf.

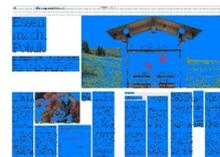
Am besten inszeniert ist das Volksbegehren der Bauern. Im Juli marschierten Hunderte Landwirte mit ihren Frauen und Kindern in einem Triumphzug durch Bern. Sie hatten es geschafft, in nur drei Monaten 150 000 Unterschriften für ihre Initiative zu sammeln. In Trachten und mit hölzernen Leiterwagen voller Rüeblli, Käse und Speck reichten sie die Unterschriften ein. Ihre Forderung: Die einheimische Produktion soll gestärkt, das wertvolle Kulturland geschützt werden.

Wachsendes Unbehagen

Nun sitzt der Präsident des Schweizer Bauernverbandes, Markus Ritter, in einem Zürcher

Café und erzählt im Anzug und ganz ohne Folklore, wie das Begehren zustande kam. Auslöser für die Initiative seien die globalen Nahrungsmittelkrisen 2008 gewesen, die in vielen Ländern, vor allem in Nordafrika, Hungerrevolten ausgelöst haben. «Und die Chinesen.» - Die Chinesen? Ritter erzählt von Besuchen des chinesischen Ministerpräsidenten und seines Vize Anfang 2013. Die Delegationen hätten nach der Landung in Zürich jeweils unverzüglich Landwirtschaftsbetriebe sehen wollen. «Die wollten nicht zur Chemie, nicht zu Banken, nicht ins Hotel, sondern auf einen Bauernhof», sagt der CVP-Nationalrat. Ritter redet ohne Punkt und Komma. Von den 1,3 Milliarden Menschen, die in China ernährt werden müssen, von Dürre und anderen Katastrophen, die die Versorgung zum grossen Risiko machten, vom Land-Grabbing der Chinesen. «Damals dämmerte uns, wie wichtig das Thema Ernährungssicherheit weltweit ist und wie wenig die Schweiz darauf vorbereitet ist.»

Hinter der Ernährungsinitiative der Bauern stecken allerdings mitnichten nur die Chinesen. Hinter dem Volksbegehren steckt vielmehr die AP14-17, die neue Agrarreform des Bundes. Sie ist es, die den Bauern Kummer bereitet, die sie in ihrem Stolz als Bauern verletzt. Sie ist es, die sie mit der Initiative



bekämpfen wollen. Mit der neuen Agrarpolitik erhalten die Bauern zwar nach wie vor sehr viel Geld, doch seit Anfang 2014 werden sie weniger für ihre Produktion mit Direktzahlungen belohnt. Vermehrt fließen Staatsgelder nur noch, wenn Bauern auch die Ökologie und Biodiversität auf ihrem Hof stärken. Sie fühlen sich dadurch zu Landschaftsgärtnern degradiert, die sich um Trockenmauern kümmern statt ums Vieh und den Acker.

«Viele Bauern sehnen sich zurück nach den Zeiten, als der Staat noch die Preise stützte und sie ungehemmt produzieren konnten», sagt Adrian Krebs vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau. Butterberge, Milchschwemmen waren das Resultat. Dabei produzieren die Bauern heute mehr als je zuvor. Das Thema Ernährungssicherheit dient ihnen nur dazu, sich wieder als Nahrungsmittelproduzenten zu positionieren und sich vor weiteren Liberalisierungsschritten und einer weiteren Ökologisierung zu schützen. Hier geht es um Eigeninteressen und pure Abschottungspolitik.

Beim Unterschriftensammeln hatten die Bauern dennoch einfaches Spiel. Die Stichworte «einheimisch», «gesund», «Schutz des Kulturlandes» reichten schon aus, um Passanten zu überzeugen. Hier liegt auch der Grund für die Häufung der Food-Initiativen. Ernährung zieht als politisches Thema.

Mit Essen sind Emotionen und Urinstinkte verknüpft. Man definiert sich über das, was man isst. Und in der Schweiz möchten viele gesund essen, frisch, regional, ursprünglich. Das sind laut Konsumentenforschern die Trends. Urban Farming ist in, Schweizer wollen wieder näher an die natürlichen Produkte. Doch die Konsumenten haben sich in den letzten Jahren weit entfernt von den Rohstoffen, sie verstehen kaum mehr etwas von der Produktion, sie kennen Bauern kaum mehr persönlich. Ihr Bild von den Landwirten ist klischeehaft und entstammt der Werbung. Die moderne Konsumgesellschaft sehnt sich nach Natürlichkeit, doch sie isst Fertigpizza. Sie verschwendet Nahrungsmittel und kauft billig ein trotz dem Wissen um Tierfabriken. Essen ist nicht Natur, sondern Migros und Aldi.

Zu diesem Durcheinander der Gefühle und den Widersprüchen rund ums Essen gesellt sich ein Unbehagen. Konsumenten fühlen sich den Nahrungsmittelmultis ausgeliefert und ständig ein wenig betrogen. «Die Skepsis

gegenüber der Industrie wächst», sagt Mirjam Hauser vom Forschungsinstitut GDI. Lebensmittelskandale wie jene um die Firma Carna Grisca bestätigen die Zweifel. Die Firma verkaufte jahrelang minderwertiges Fleisch als hochwertiges. Vor wenigen Tagen flog der Skandal auf.

Viele fürchten sich aber auch vor Fremdem, vor Hühnchen aus den USA, die mit Chlor desinfiziert sind, vor Hormonfleisch, genverän-

Essen ist oft mit diffusen Ängsten verbunden. Die Bauern-Initiative nützt diese aus. Das Muster ist ähnlich wie bei der Ecopop-Initiative.

derden Lebensmitteln und Krankheiten. Klimawandel, Zersiedelung bedrohen die Kulturlandschaft, bedrohen die heile Welt, nach der man sich sehnt. Die Initiative der Bauern nutzt diese diffusen Ängste und Wünsche, um sie für ihre Interessen einzusetzen. «Der Mechanismus ist ähnlich wie bei Ecopop in der Zuwanderungsfrage. Ein Unbehagen wird politisch missbraucht, um die Schweiz abzuschotten», sagt Dominik Flammer, der sich seit mehreren Jahrzehnten mit der Geschichte der Ernährung auseinandersetzt und Bücher über regionale Spezialitäten geschrieben hat. «Nach Ecopop kommt jetzt also Agropop.» Das ist fatal, zumal es die Öffnung der Märkte gewesen ist, die positive Trends wie Bio, Slow Food oder regionales Essen erst hervorgebracht haben. Protektionismus hat noch nie Innovationen hervorgebracht.

Essen kostet zu wenig

Doch auch die anderen Initianten nützen die Sorgen und Sehnsüchte rund ums Essen für ihre Zwecke aus. Die Jungsozialisten und die Bauerngewerkschaft Uniterre versuchen das Unbehagen gegen ihr grosses Feindbild zu richten, den globalisierten Markt. Die Jungpartei will auf Nahrungsmitteln ein Spekulationsverbot verhängen, und die Bauerngewerkschaft Uniterre will, dass sich die Schweiz fortan selbst versorgt, ohne störende Industrie. Die Jusos hat die Unterschriften mit dem griffigen Slogan «Mit Essen spielt man nicht» bereits zusammengetragen. Ihr Vor-



NZZ am Sonntag 8021 Zürich 044/ 258 11 11 www.nzz.ch/sonntag	Medienart: Print Medientyp: Tages- und Wochenpresse Auflage: 132'551 Erscheinungsweise: wöchentlich	Themen-Nr.: 541.003 Abo-Nr.: 1008268 Seite: 22 Fläche: 200'512 mm ²
---	--	---

schlag kommt an. Schwerer hat es Uniterre, die von einer Landwirtschaft der Klein- und Genossenschaftsbauern träumt, wo der Staat gerechte Preise festlegt. Eine Utopie.

Die Grüne Partei ist ebenfalls auf den Zug aufgesprungen. Sie will mit ihrem Begehren die Nahrungsmittelimporte beschränken und nur noch jene Lebensmittel für den Verkauf zulassen, die ökologisch, tiergerecht und fair hergestellt werden und mindestens den Schweizer Standards entsprechen. Freier Handel soll nur für gerechte Lebensmittel gelten. Das kommt bei der Bevölkerung an und ist gute Parteien-Werbung für das Wahljahr 2015. Allerdings fragen viele Bürger nach dem Preis, wie Maya Graf, die Co-Präsidentin des Initiativkomitees, einräumt. Der würde bei ausländischen Produkten sicherlich steigen. Das stört die Grünen jedoch nicht, da für sie das Essen ohnehin zu billig ist. Derzeit machten die Lebensmittel gerade einmal 7 Prozent des Haushaltsbudgets aus. «Der Preisdruck ist brutal und führt zu Skandalen wie Carna Grisch», erklärt die grüne Nationalrätin Graf, die selbst Mitbesitzerin eines Bio-Bauernhofs ist.

Die Idee der Initiative ist gut gemeint und zielt aufs Essen. Doch sie ist wenig durchdacht. Es ist unklar, wie die Forderungen umgesetzt werden können. Die Partei macht keine Vorschläge, wie die Einhaltung der Schweizer Standards zu kontrollieren sei. Ausserdem würde ein solches Regime wohl die Regeln der Welthandelsorganisation WTO verletzen. Hinzu kommt, dass die Konsumenten schon heute die Möglichkeit hätten, gerecht hergestelltes Essen zu kaufen. Viele entscheiden sich aber aus Kostengründen für billigere Produk-

te. Die Grünen werden dem Stimmvolk erklären müssen, weshalb sie es zu fairem Food und höheren Preisen zwingen möchten.

Das Essen hat mit den Initiativen den Weg in die Politik gefunden. Doch die Interessengruppen gehen eigennützig und unbeholfen mit dem Thema um. Sie missbrauchen es, um ihre Feindbilder zu bekämpfen und ihre Ziele zu erreichen: Abschottung, Ökologie, Anti-Globalisierung. Valable Lösungen sind das noch nicht.

Marcel Heinrich ist Bergkartoffelbauer im bündnerischen Filisur. Jetzt sitzt er vor einem Rivella in einem Restaurant in Landquart, wo er gerade einen Holzschlagkurs gibt. Über Politik möchte er eigentlich nicht reden. Die Häufung der Initiativen rund ums Essen macht ihm allerdings Sorgen. «Alle Initiativen und alle Politik nützen nichts, wenn die Konsumenten am Ende die Produkte nicht kaufen.» Die an sich löbliche Initiative der Grünen würde wohl viele Konsumenten in den Einkaufstourismus treiben, ist der Bündner überzeugt. «Die Konsumenten darf man nicht vergraulen, sie muss man gewinnen», sagt der 42-jährige Unternehmer. Heinrich ist dies gelungen, trotz der Abgeschiedenheit seines Hofes. Er hat sich auf den Anbau von alten, raren Kartoffelsorten spezialisiert. Dafür wurde er am Anfang ausgelacht. Mittlerweile liefert er die wertvollen Knollen schweizweit aus. Zu seinen Kunden zählen auch über 60 Gastrobetriebe - darunter sind viele Spitzenköche.

So könnte die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft aussehen.

2,8 Mrd. Fr.

Direktzahlungen fließen jedes Jahr zu den Bauern. Laut einer Studie der OECD erhalten die Bauern mehr als jeden zweiten Franken vom Staat. Nur Norwegen und Japan unterstützen ihre Bauern stärker.

55000

Bauernbetriebe gibt es in der Schweiz. Die Bauern machen zwar nur noch 3,5 Prozent der Schweizer Arbeitnehmer-schaft aus. Im Bundesparlament liegt ihr Anteil allerdings bei über 10 Prozent.



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 132'551
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 541.003
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 22
Fläche: 200'512 mm²



Praktisch für Wanderer, aber kein taugliches Konzept für die Versorgung der Bevölkerung: Hofladen im Bündnerland. (Solis, 2013)



Bauer Marcel Heinrich hat mit raren Kartoffeln eine Marktnische entdeckt. (Filisur, 29. 11. 2014)



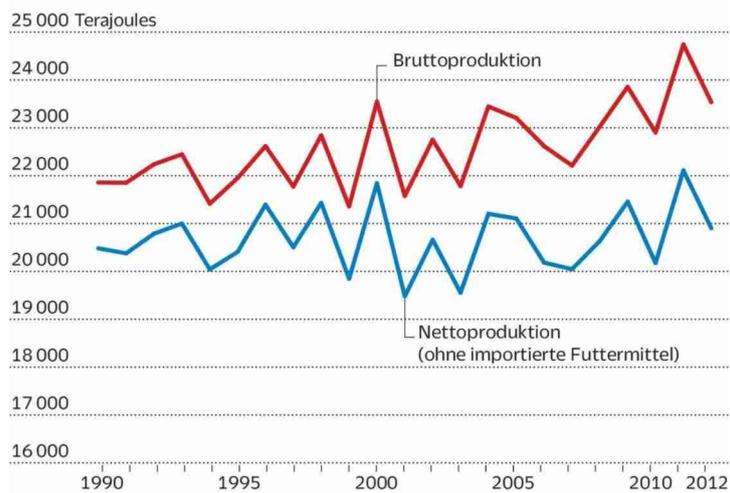
NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 132'551
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 541.003
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 22
Fläche: 200'512 mm²

Die Landwirtschaft produziert immer mehr

Entwicklung der Agrarproduktion



Der Selbstversorgungsgrad der Schweizer Landwirtschaft liegt heute bei 55 Prozent (netto). 1990 betrug er noch 58 Prozent.

Quelle: Schweizer Bauernverband



Die Initiativen Bauern:

Ernährungssicherheit

Der Schweizer Bauernverband verlangt in einer im Sommer eingereichten Initiative die Stärkung der vielfältigen, nachhaltigen und einheimischen Produktion sowie Massnahmen gegen den Verlust von Kulturland. Zudem soll der administrative Aufwand – dieser ist mit den Direktzahlungen des Staates verbunden – verringert werden. Angesichts des Bevölkerungswachstums, der Auswirkungen des Klimawandels und des Kampfs um Boden müsse die Lebensmittelversorgung wieder zu einem vorrangigen Anliegen werden, schreibt der Bauernverband in seiner Argumentation. Es sei sinnvoll, die Lebensmittel möglichst lokal zu produzieren. Der Bauernverband will zwar keine Ernährungssouveränität erreichen. Auch er hält dies für illusorisch, doch sollte der heutige Selbstversorgungsgrad von etwa 50 bis 60 Prozent beibehalten werden.

Der Bundesrat hat zur Überraschung vieler im Oktober angekündigt, einen Gegenvorschlag zur Initiative für Ernährungssicherheit auszuarbeiten. Er will den Begriff in der Bundesverfassung selber definieren und nicht der Interpretation des Bauernverbandes überlassen. Beim Bauernverband kommen laut Bundesrat ökologische Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit sowie die Lebensmittelimporte zu kurz. Einen wichtigen Beitrag für die Ernährungssicherheit der Schweizer Bevölkerung leisten auch gute Handelsbeziehungen mit der Welt.

Grüne: Faires Essen

Die Grüne Partei fokussiert mit ihrer Ende Mai lancierten Initiative auf Lebensmittelimporte. Rund die Hälfte aller Lebensmittel in der Schweiz sind importiert. Geht es nach den Grünen, sollen künftig nur jene Produkte in den Schweizer Verkauf gelangen, die unter den in der Schweiz geltenden ökologischen und sozialen Standards hergestellt werden. «Kein Hormonfleisch, kein Gemüse von

Betrieben, deren Angestellte ausgebeutet werden und sich bei der Arbeit mit Pestiziden vergiften.» Lebensmittel seien nicht beliebig austauschbare Waren wie Kleidung. Der Freihandel mit Lebensmitteln begünstige die industrielle Landwirtschaft. Grossflächige Monokulturen sowie Massentierhaltung führten zu grossen Umweltschäden.

Uniterre: Ernährungssouveränität

Das Volksbegehren der Bauerngewerkschaft Uniterre verlangt, die Lebensmittelproduktion in der Schweiz radikal umzustellen. Die Bevölkerung soll weitgehend nur noch einheimische Produkte essen; der Import würde erschwert. Dafür sollen die Konsumenten entscheiden, was sie konsumieren wollen und wie es hergestellt werden soll. Der Bund würde die Menge steuern und die Preise festlegen, damit Kleinbauern mit ressourcenschonender Landwirtschaft genug verdienen. Die Initiative beruht auf der Idee der internationalen Kleinbauernbewegung Via Campesina, die eine nachhaltige, nicht industrielle Landwirtschaft verlangt. Verarbeitet würden die Lebensmittel in kleinen Strukturen wie lokalen Molkereien. Die Nahrungsmittelindustrie hätte in diesem Konzept keinen Platz mehr. Grossverteiler wie Migros und Coop wären nur noch für die Verteilung zuständig. Die Auswahl an Lebensmitteln würde kleiner, die Preise würden steigen.

Juso: Keine Spekulationen

Bereits im März konnten die Jungsozialisten ihre Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» einreichen. Banken, Effekthändlern, Versicherungen und institutionellen Anlegern in der Schweiz soll es verboten werden, in Finanzinstrumente zu investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. «Die Spekulanten wetten auf steigende Nahrungsmittelpreise und profitieren von Hunger und Elend, ohne reale Werte zu schaffen», schreiben die Juso. (ami./fur.)